

# Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Knobloch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altestadt

Bezugspreis einschließlich Druckerlohn monatlich 6000,- M., durch die Post bezogen monatlich 6000,- M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1750,- M., Einzelnummer 200,- M., Sonnabendnummer 300,- M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Reiterweg 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Reiterweg 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die ungefaltete Nonpareilzeile 400,- M., auswärts 500,- M., die gefaltete Nonpareilzeile 1000,- M., auswärts 1800,- M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienangehörige, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Kleinwerbungen 150 M.

Nr. 81

Dresden, Sonnabend den 7. April 1923

34. Jahrg.

## Die Aufrollung der Reparationsfrage

Wie berichtet wird, ist Loucheur zur Zeit in London, wo er sich mit Bonar Law und andern englischen Persönlichkeiten über die Reparationsfrage unterhält. Es scheint also, als wenn in Frankreich doch eine starke Strömung vorhanden wäre, die eine Verständigung des Ruhrabenteuers erstrebt und als wenn deswegen die Erörterungen über die Reparationsfrage jetzt wieder eine größere aktuelle Bedeutung bekommen würden. Die ganze Art, wie das Reparationsproblem von Anfang an behandelt wurde, zeigte, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird und wie gering das Verständnis der leitenden Staatsmänner für wirtschaftliche Fragen ist. Es ist erst ein sehr schmerzhafter Anschauungsunterricht notwendig gewesen, ehe die Völker und ihre Führer begriffen, daß man schwierige wirtschaftliche Fragen nicht einfach durch politische Diktate erledigen kann.

Dabei muß der Vorwurf der falschen Behandlung der Reparationsfrage auch gegen die deutschen Staatsleiter erhoben werden. Auch die deutschen Regierungen haben sich viel zu sehr auf ein Feilschen über die Höhe der von Deutschland zu bezahlenden Summen eingelassen, während sie die Frage in den Vordergrund hätten stellen müssen, wie sich Reparationsleistungen überhaupt überhaupt möglich machen lassen. An dieser Stelle ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß es für die Lösung der Wiedergutmachungsfrage nicht nur darauf ankommt, ob das deutsche Volk reich genug wäre, um die Summen zu erbringen, die für die Wiedergutmachung von ihm verlangt werden, sondern vor allem auf die Lösung der Frage, wie es möglich wäre, die gewaltigen Summen, die wir zahlen sollen, nach dem Ausland zu übertragen.

In dem angeblichen Loucheurschen Reparationsplan, über den jetzt in der Presse berichtet wird, ist davon die Rede, daß die deutsche Einfuhr auf das unbedingt Notwendige beschränkt werden müsse, damit die Kommerzialwege zugunsten der Ausfuhr ausblühen. Hiermit würde der Punkt berührt sein, der für die Lösung des Reparationsproblems am wichtigsten ist. Da Deutschland heute keine erheblichen Kapitalien mehr im Ausland hat und ihm aus seiner Schiffahrt vorläufig keine wesentlichen Einnahmen im Ausland erwachsen, so können auf die Dauer größere Reparationszahlungen nur geleistet werden, wenn wir eine günstige Handelsbilanz erreichen, wenn wir erheblich mehr Waren ausführen, als wir einführen, und es ist ja bekannt, daß Deutschland eine in hohem Maße passive Handelsbilanz hat, daß der Wert unserer Einfuhr den Wert unserer Ausfuhr weit übersteigt. Aber gegen eine Vorkaufsliste, die auf eine Erhöhung unserer Handels- und Zahlungsbilanz gerichtet ist, haben sich bisher innen und außen sehr große Widerstände erhoben. Wenn in Deutschland eine Einschränkung des Luxusverbrauchs gefordert wird, kommen die Interessenten aus Handel und Industrie und kleinen Betrieben und Großbetrieben, und auch die ausländischen Staaten, besonders auch die Entente-Staaten selbst, haben sich zur Wehr gesetzt, wenn wir versuchten, die Einfuhr entbehrlicher Waren aus dem Ausland zu verhindern, weil dadurch ihre Volkswirtschaft geschädigt wird. Lange Zeit ist uns die Einfuhr von Land und Luxus geradezu aufgezwungen worden. Im Westen hatten wir unsere Grenzen infolge der Besetzung nicht in der Hand und konnten deswegen keine genügende Einfuhrkontrolle ausüben. Es wäre ein großer Fortschritt, wenn man jetzt endlich auch im Ausland erkennen würde, daß ein Land, von dem man so große Zahlungen verlangt, sich von der Einfuhr überflüssiger Waren fernhalten muß.

Gelänge es uns, eine bessere Handels- und Zahlungsbilanz zu erreichen, so wären auch solche Operationen wie die Abschaffung der augenblicklichen Währungsbeschränkungen überflüssig. Es würde genügen, wenn es uns gelänge, die vorläufig künstlich erzielte Stabilisierung unserer Währung dauernd aufrechtzuerhalten. Wenn Deutschland wirtschaftlich wieder hochkommen soll, so müssen wir versuchen, jede Veränderung unserer Geldwertes nach oben oder nach unten zu vermeiden. Die Biffer von 150 Millionen Pfund, die wir nach Loucheur jährlich zahlen sollen, würde allerdings in absehbarer Zeit voraussichtlich die Leistungsfähigkeit Deutschlands weit übersteigen, denn 150 Millionen Pfund entsprechen einem Betrag von drei Milliarden Goldmark.

Von der deutschen Regierung muß verlangt werden, daß sie bei etwaigen neuen Verhandlungen über die Wiedergutmachungsfrage praktische Vorschläge von sich aus macht, die wirklich geeignet sind, der Welt zu zeigen, daß es Deutschland mit der Erfüllungspolitik ernst ist. Es würde einmal Aufgabe der Regierung sein, der Entente Vorschläge über die Einschränkung der Luxus-einfuhr nach Deutschland vorzulegen, und Deutschland müßte von den Entente-Staaten verlangen, daß sie die von Deutschland eingeführten Warenbeschränkungen auch anerkennen und feinerlei handelspolitische oder sonstige Repressalien ergreifen. Ferner ist es notwendig, daß wir jetzt endlich an die Erfassung der Sachwerte herangehen, die in einer Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums vor jetzt bald zwei Jahren vorgelegt wurde. In dieser Denkschrift wurde gefordert, daß das Reich an landwirtschaftlichen und industriellen Grundstücken durch Eintragung einer Grundschuld von 20 Prozent beteiligt werde. Ebenso sollte das Reich an gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen in Höhe von 20 Prozent beteiligt sein, wobei Unternehmungen unter einer gewissen Größe freigesellen werden sollten. Durch die Befreiung der Sachwerte in die Hand des Reiches

kämen, erhielte das Reich Sachwerte, die Ende 1921 auf etwa 880 Milliarden Papiermark, das waren damals etwa 15 Milliarden Goldmark geschätzt wurden. Selbst wenn man nur einen Teil dieses Betrages zugrunde legte, so würde doch durch die Erfassung der Sachwerte dem Reich die Unterlage für einen Auslandskredit von einigen Milliarden Goldmark gegeben werden und dadurch würde uns die Zahlung größerer Summen für die Wiedergutmachung ermöglicht.

Wenn der Widerstand, den die Bevölkerung des Ruhrreviers gegen den französischen Gewaltmarsch geleistet hat, zu dem Erfolg geführt haben sollte, daß jetzt auch in Frankreich zu einer vernünftigen Lösung des Reparationsproblems mehr Neigung besteht als bisher, so muß der allseitige Zeitpunkt von Deutschland ausgenutzt werden. Die deutsche Regierung und der deutsche Reichstag würden ein schweres Verbrechen an dem deutschen Volke begehen, wenn sie nicht von sich aus alles täten, was geeignet wäre, die Reparationsfrage einer erträglichen Lösung entgegenzuführen. Deswegen ist es jetzt die höchste Zeit, daß man sich entschließt, an die Erfassung der Sachwerte heranzugehen.

## Die Aktion Loucheurs

Die gestern berichteten Mitteilungen des Londoner Daily Telegraph über die Föhrung der Reparationsfrage offenbaren sich jetzt in der Tat als Ausführungen des früheren französischen Ministers Loucheur, die nicht ohne Wissen der französischen Regierung, insbesondere Poincarés, gemacht worden sind. Die Pariser Presse läßt keinen Zweifel darüber, daß der französische Ministerpräsident über das Vorgehen Loucheurs, wenigstens in seinen Grundzügen, unterrichtet war. Der Rat in die Sprache Poincarés, erklärt die Richtlinien als identisch nicht nur mit den Ideen der französischen Sachverständigen, sondern auch der französischen Regierung. Demnach scheint es, daß sich Poincaré mit der Abschätzung der Reparationslast auf weit unter 60 Milliarden aufhalten will, wenn der Anteil Frankreichs nicht geringer als 25 Milliarden ausfällt. Soweit die Abschätzung der Reparation und die eventuelle Mobilisierung der deutschen Schuld in Frage kommt, scheint die englische Regierung mit der französischen einer Meinung zu sein. Andererseits ist sie jedoch über die Einwirkung einer rheinischen Republik und über die Entmilitarisierung der rheinischen Gebietsteile. Diese beiden Punkte bilden gewissermaßen die Hauptschwächen bei eventuellen Verhandlungen, nachdem Frankreich aus guten Gründen an der Fortführung der Reparationsfrage mit dem Sicherheitsproblem verknüpft. Daß die Verwirklichung der Aktion für Deutschland nicht in Frage kommen kann, ist selbstverständlich. — Poincaré will nächster Tage über die Lage Erklärungen abgeben, die hoffentlich einer Verhandlung die Wege ebnen.

## Was in Bayern möglich ist!

Von unsem München-Beobachter

Trug die Politik der Mittelsbacher bis zur Revolution das Kennzeichen schlechtherrlicher Zweideutigkeit und Unwahrhaftigkeit an der Stirn, so besteht der unter der Republik errungene Fortschritt darin, daß die Politik der aus den Angstwahlen vom Juni 1920 hervorgegangenen reaktionären Landtagsmehrheit und ihrer Beauftragten — Regierung benannt — im hellen Lichte klarer Evidenzhaftigkeit wandelt. Die Masse der Reichstreue ist durch allzuhäufige Benutzung so abgeduldet und durchsichtig geworden, daß jeder politisch Sehende darunter die Rheinbundtruppen, die separatistisch-föderalistischen „Schnitzhölzer“, wie die Regierung der Bürokratie und der leitenden Männer, die Demokratie zur Wiedereinführung obrigkeitlicher Zustände zu benutzen, deutlich erkennt. Freilich, den politischen Blinden, zu denen in Bayern fast alle Schichten der Mittelklassen zählen, ist mit einer ihre wirtschaftlichen Interessen fördernden Mehrheit so vortrefflich gedient, daß sie dafür jede Politik, auch die der Tücke, so willig in den Kauf nehmen, wie in der herrlichen Zeit des bayerischen Absolutismus. — In dessen Charakteristik es genügt, daran zu erinnern, wie der Fürst Maximilian Josef — der letzte der alten Linie der Wittelsbacher — am 5. September 1805 dem Gesandten des deutschen Kaisers Franz II. den Beitritt Bayerns zu der Koalition gegen Frankreich in Aussicht stellte, am gleichen Tage jedoch den Befehl zum Abmarsch der bayerischen Truppen nach Fronten behufs Anschlusses an die französische Armee erteilte. Und vielleicht mit derselben Feder schrieb dieser deutsch bayerische Wittelsbacher an den französischen Gesandten Otto in München: „Zweideutigkeit zu erkennen, in den Augen meines Beschützers, des Kaisers (Napoleons I.), das würde mich ins Grab bringen.“

Solch- und ähnliche Rückblicke in die „gute, alte Zeit“ dienen der Erkenntnis in dem organischen Zusammenhang der alten dynastischen Politik mit den widerborstigen Erscheinungen einer offenen Auflehnung gegen deutsche Allgemeininteressen, gegen die Gesetze der Republik zuzugreifen nicht mehr vorhandener, aber in geheimnisvollstem Drängen prädestinierter „Gehobener“. Eine feine Auslese von Lakaien aus lechter Zeit mag zum Ernste dessen genügen. Zunächst aber möge als Grundlinie der bayerischen

## Die deutschen Leistungen

Vom 11. November 1918 bis 31. Dezember 1922

In einer detaillierten Aufstellung des Reichsfinanzministeriums werden die deutschen Leistungen an die Entente seit dem Abbruch des Waffenstillstandes abschließend wie folgt zusammengefaßt:

1. aus vorhandenen Beständen . . . . .	29 894 000 000
2. aus volkswirtschaftlichem Vermögen und aus laufender Produktion . . . . .	11 806 607 000
3. Barzahlungen . . . . .	2 348 866 000
4. Sonstiges . . . . .	3 431 000 000
Insgesamt: . . . . .	48 478 473 000

Dazu: 5. innere Ausgaben und Verluste . . . . . 10 521 527 000

Summe: 57 000 000 000

Verlässlicht man weiter den Wert Eisen-Rohrungs- und der deutschen Kolonien sowie den rein militärischen Rücklaß in sämtlichen Räumungsgebieten, so gelangt man zu einer Gesamtleistung von weit mehr als 100 Milliarden Goldmark.

## Internationale Sozialistenkonferenz

Dresden, 6. April. (Eig. Drahtb.) Das Zehnerkomitee zur Vorbereitung des Internationalen Kongresses (Bingstien in Hamburg) letzte gestern seine Beratungen fort, an denen auch die inzwischen eingetroffenen Genossen Gripsien und Walthead teilnahmen. Die Konferenz beendete die Beratung der Geschäftsordnung zum Hamburger Weltkongress und beschloß sodann die Statuten der sozialistischen Arbeiterinternationale, die dem Hamburger Kongress vorgelegt werden sollen.

Am Nachmittag trat das Neunerkomitee zusammen, das von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, der Londoner Internationale und der Wiener Arbeitergemeinschaft zur Untersuchung der ökonomischen Wirkungen der Friedensverträge eingesetzt worden war. Es waren anwesend: für Amsterdam: Thomas, Jouhaux und Jimmen; für London: De Brouckere, Shaw und Wels; für Wien: Walthead, Trade (an Stelle Plum) und Adler (an Stelle Otto Bauer). Thomas führte den Bericht. Es lag ein umfangreicher Bericht über die Lage der deutschen Arbeitererschaft vor. Shaw berichtete über Verhandlungen zwischen den Parlamentsfraktionen Frankreichs, Belgiens, Englands und Italiens mit der deutschen Sozialdemokratie sowie über die darauf folgenden Besprechungen. De Brouckere und Wels ergänzten den außerordentlich wertvollen Bericht der Gewerkschaftsinternationale, der eine Darstellung des gesamten Materials über die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Arbeiterklasse enthält. Das Komitee beschloß, dieses Material durch Veröffentlichung eines des Berichtes den breitesten Kreisen zugänglich zu machen.

Politik seit dem infamen Ruhr-Putsch im März 1920, jenes freimütige Bekenntnis des Wiesbacher Angeigers — der immer ausspricht, was die „Oberen“ denken und beschließen — dienen: „Wir lassen die Berliner Saufjungen gehieten und verbieten und lachen dazu.“

Der Minister des Innern, Dr. Schwieger, handelte ganz im Sinne Wiesbachers, als er jüngst im Landtage erklärte, die vom Staatsgerichtshofe angegriffene Auflösung der Nationalsozialistischen Partei sei für Bayern nicht rechtsverbindlich. Und ganz im Einklang mit solcher verfassungswidrigen, die Reichseinheit untergrabenden Anschauung stand seine Weigerung, dem sozialdemokratischen Antrag zu entsprechen und die nationalsozialistischen Sturmtruppen aufzulösen. Kann es da wundernehmen, wenn das Organ der „Waterländischen Verbände“, das Heimattland, und Hitler, über die wie der bekannte Greis auf dem Dache ein Bild klägliches Unmuts bietende Regierung Nulling, täglich kübel von Eohn und Spott erischen? Wenn die Umsturzbanden ihre „Beldienstleistungen“, von der amtlichen Pressestelle als harmlose Sportbetätigungen approbiert, nach wie vor abhalten und der Freikämpfer aller „Nationalaktivisten“, zu deren Mundstück die „demokratischen“ Neuesten Nachrichten unter der Regide des bekannten Prof. Cohnmann hinabgekommen sind, wenn Hitler der Regierung droht, sie solle es nur wagen, das bayerische Volk (!) aufzulösen.

Nach wie vor darf sich auch die bayerische Justizbege gestalten, das Vorgehen der Reichsjustizbehörden gegen Geheimbündler und Umsturzorganisationen zu durchkreuzen. Geschaß es unter Rahr und Lercherfeld unter dem Deckmantel angeblicher „Soheitsrechte“, so dürfen es jetzt untergeordnete richterlich: Organe getrost wagen, auf eigene Rechnung und Gefahr die Reichsjustiz lahmzulegen und die gegen die Umstürzler angelegten Prozesse zu verstopfen. So konnte es ein bayerischer Untersuchungsrichter zustande bringen, das Untersuchungsverfahren gegen die Organisation C vollständig zu stoppen. Nicht nur die hilflose Regierung, auch Justiz und Verwaltung befinden sich in Bayern unter dem Messer der Aktivisten. Alles Gerede der scheinbar regierenden Männer, wie es der Minister-